S t a d t H a a n

Niederschrift über die

2. Sitzung des Ausschusses für Bau, Vergabe, Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten der Stadt Haan

am Dienstag, dem 23.06.2026 um 17:00 Uhr

im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:	Ende:
17:00	17:31

Vorsitz

Stv. Jens Lemke

CDU-Fraktion

Stv. Godehard Büskens	Vertretung für Stv. Dr. Bölke
Stv. Tobias Kaimer	Vertretung für Stv. Bahlmann
Stv. Lara Klose	Vertretung für Stv. Landwehr
Stv. Barbara Leibelt	
AM Henrik von Bargen	ab TOP 6 / 17:20 Uhr

SPD-Fraktion

AM Christa Becker	Vertretung für Stv. Niklaus, S.
Stv. Felix Blossey	Vertretung für Stv. Isljami
Stv. Marion Klaus	Vertretung für Stv. Niklaus, J.
AM Ulrich Klaus	

WLH-Fraktion

Stv. Tessa Lukat

AM Bernard Pla

AfD-Fraktion

Stv. Robert Ringel	Vertretung für Stv. Schwierzke
Stv. Thomas Ringel	

GAL-Fraktion

Stv. Nicola Günther

Die Linke

Stv. Tobias Rath

FDP-Fraktion

AM Britta Sawukaytis	Vertretung für AM Ricker

Bürger Union

AM Hans-Peter Bietenbeck	Vertretung für AM Mühlmeister

Vertreter des Seniorenbeirates

AM Robert Abel

Bürgermeister
Bürgermeister Vincent Endereß

Verwaltung
StRD'in Andrea Kotthaus
VA Helge Krause
Frau Andrea Kleinken
StBM Stefan Longerich

Der Vorsitzende Stv. Jens Lemke eröffnet um 17:00 Uhr die 2. Sitzung des Ausschusses für Bau, Vergabe, Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Stv. Rath teilt mit, dass die Fraktion die Linke ihren Antrag vom 22.06.2026, die Anfrage der AfD-Fraktion bezüglich Energiesicherheit und Krisenvorsorge im nichtöffentlichen Teil zu behandeln, zurückziehe, da auch die Verwaltung die Anfrage bereits beantwortet habe.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor, daher lässt der **Vorsitzende Stv. Lemke** über diese abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmitteilungen vor.

2./ Antrag der AfD Fraktion zur Wiederaufnahme der finanziellen Bezuschussung für Gastronomiebetriebe zur Haaner Kirmes in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 Vorlage: 32/015/2026

Protokoll:

Stv. T. Ringel teilt für die AfD-Fraktion mit, dass diese sich der Ablehnung des Antrages bewusst sei. Insofern ziehe die Fraktion ihren Antrag zurück.

Beschluss:

Der Antrag der AfD-Fraktion, welcher dieser Vorlage zu Grunde liegt, wurde zurückgezogen. Eine Beratung und Beschlussfassung fanden somit nicht statt.

3./ Antrag der WLH Fraktion: Bevölkerungsschutz sicherstellen - Möglichkeiten der Nutzung Tiefgarage Dieker Str. und Personenunterführung Gruiten“ Vorlage: 32/014/2026

Protokoll:

StRD’in Kotthaus führt ergänzend zur Vorlage der Verwaltung aus, dass sowohl die Personenunterführung in Gruiten, als auch die Tiefgarage Dieker Straße nicht im Eigentum der Stadt Haan stünden.
Seitens der Bundes- oder Landespolitik sei es derzeit auch nicht geplant, weitere Schutzräumlichkeiten zu errichten.

Stv. Lukat möchte wissen, ob es diesbezüglich möglicherweise Fördermittel gäbe.

StRD’in Kotthaus erläutert, dass Fördermittel immer nur für eine konkrete Maßnahme gedacht seien. Diesbezüglich gäbe es noch keine klaren Angaben zu möglichen Fördermitteln, daher könne die Verwaltung diesbezüglich auch keine belastende Aussage treffen.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Erlass einer Katzenschutzverordnung
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 25.05.2026
Antrag: ANT/058/2026

Protokoll:

StRD'in Kotthaus verweist auf den vorliegenden Antrag und darauf, dass zum Schutz der Katzen der § 13 b Tierschutzgesetz NRW maßgeblich sei und die Zuständigkeit für den Erlass einer solchen Satzung beim Kreis Mettmann und nicht bei der Stadt Haan liege.

Bgm. Endereß ergänzt, dass wenn die Satzung den Fokus auf eine Kastrationspflicht zum Schutz der Menschen und Fauna, also der Abwehr von Gefahren setzen würde, sicherlich eine städtische Lösung erarbeitet werden könne. Die entsprechende Verordnung würde dann nicht aus dem Gedanken des Tierschutzgesetzes, sondern des Ordnungsbehördengesetzes erlassen werden.

AM Becker erläutert den Antrag mit Verweis auf die Stadt Erkrath, welche auch eine entsprechende Verordnung erlassen habe. Es gehe der SPD-Fraktion um den Tierschutz und die Einführung einer Kastrations- und Registrierungspflicht.

StRD'in Kotthaus bekräftigt, dass eine Satzung auf Basis des Tierschutzes nach § 13b Tierschutzgesetz NRW nur vom Kreis Mettmann erlassen werden könne. Handlungsspielraum hätte die Stadt Haan nur, wenn der Gedanke der Schutz der öffentlichen Sicherheit gem. § 27 OBG im Vordergrund stünde.

Stv. Günther führt aus, dass die Stadt Wülfrath einen entsprechenden Paragraphen in ihrer Ordnungsbehördlichen Verordnung aufgenommen habe und keine eigene Satzung erlassen habe.

Bgm. Endereß erläutert hierzu, dass dieser Passus in der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Wülfrath auf dem § 27 OBG fuße.

Stv. Rath verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion und teilt für die Fraktion die Linke mit, dass diese ein Problem mit Ziffer 2 des Antrages hätten.

Stv. Kaimer schlägt vor, die Bestimmungen in den Ordnungsbehördlichen Verordnungen der Städte Erkrath und Wülfrath als Vorbild zu nehmen. Hier könnte die Stadt sicherlich eine entsprechende Vorlage erarbeiten.

Bgm. Endereß schlägt daraufhin als neuen Beschlussvorschlag vor, dass die Verwaltung eine Sitzungsvorlage erarbeitet, um die Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen und in den Anlagen der Stadt Haan (Straßenordnung) entsprechend der Vorlagen aus anderen kreisangehörigen Städten des Kreises Mettmann anzupassen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Sitzungsvorlage zu erarbeiten, um die Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen und in den Anlagen der Stadt Haan (Straßenordnung) um einen Passus zu erweitern, welcher eine Regelung bezüglich Kastrations- und Registrierungspflicht von Katzen enthält.
Als Vorlage sollen hierfür die Ordnungsbehördlichen Verordnungen anderer kreisangehöriger Städte des Kreises Mettmann wie beispielsweise der Stadt Erkrath oder der Stadt Wülfrath dienen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

5./ Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Erkrath zur gemeinsamen Überwachung des fließenden Verkehrs Vorlage: 32/012/2026

Protokoll:

Stv. Kaimer bedankt sich für die Vorlage und streicht heraus, dass eine gegenseitige Unterstützung beider Städte sehr begrüßenswert sei.

Stv. Lukat fragt an, wie zeitnah die Vereinbarung umsetzbar sei.

Bgm. Endereß zeigt auf, dass es hier zunächst einmal um eine Zielvorstellung gehe. Die Verwaltung werde selbstverständlich so schnell wie möglich handeln, jedoch müsse auch Erkrath hierzu noch entsprechend reagieren. Eine Umsetzung schon in 2026 sei jedoch nicht realistisch.

Beschluss:

1. Der BVFOA beschließt die Verwaltung mit der Erarbeitung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Erkrath zur gemeinsamen Überwachung des fließenden zu beauftragen.

2. Der Entwurf soll im zweiten Halbjahr 2026 dem Rat der Stadt vorgelegt werden.

3. Entsprechende Haushaltsmittel sollen in den Haushaltsplan Entwurf 2027 eingeplant werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6./ Anhörungsverfahren der Bezirksregierung Düsseldorf zur Neuzuordnung eines Einsatzbereiches auf der BAB 46 und Interkommunale Zusammenarbeit
Vorlage: 32/013/2026

Beschluss:

1. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum laufenden Anhörungsverfahren der Bezirksregierung Düsseldorf hinsichtlich der Überprüfung der Zuständigkeiten auf der BAB 46 zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss begrüßt die zwischen den Städten Haan und Solingen beabsichtigte Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Gefahrenabwehr und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Verhandlungen zum Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 23 Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit Nordrhein-Westfalen (GkG NRW) zu führen und einen entsprechenden Vereinbarungsentwurf zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** verweist auf die vorliegenden Anfragen. Diese seien alle schriftlich seitens der Verwaltung beantwortet worden.

Stv. T. Ringel verweist auf die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der AfD-Fraktion und möchte zur Wasserversorgung noch wissen, inwiefern diese im Krisenfall und bei einem möglichen Stromausfall sichergestellt werden könne.

Antwort der Verwaltung:

Es wird auf die nicht-öffentliche Vorlage WTK/059/2024 nebst Anlagen verwiesen.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

8./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.